



Redeentwurf

Zur Regierungserklärung

durch den Ministerpräsidenten

**Der Weg der Verantwortung in der Krise –
die Corona-Pandemie gemeinsam bewältigen**
und Aussprache

für Andreas Schwarz

anlässlich der 116. Plenarsitzung

am Mittwoch, 29. April 2020

im Landtag von Baden-Württemberg

Zeit: TOP 1 (9:00 Uhr)

Rededauer: ~30 Minuten (freie Redezeit)

Redereihenfolge:

MP, AfD, GRÜNE, CDU, SPD, FDP/DVP

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten hat noch einmal deutlich gemacht:

Wir befinden uns in einer ernsten Lage.

Aber Baden-Württemberg ist ein starkes Land!

Deswegen bin ich zuversichtlich:

Wir werden diese schwere Krise meistern!

Besonnen, beherzt und entschlossen handeln – das ist unsere Leitlinie in dieser Krise.

Besonnen: Das heißt, auf die Wissenschaft zu hören und nicht vorschnell zu handeln. Jetzt müssen alle Optionen genau abgewogen werden, alle Maßnahmen immer wieder überprüft werden.

Klar ist aber auch:

Es wäre fatal, dem Ruf schneller Lockerungen nachzugeben!

Gleichzeitig geht es darum, beherzt zu handeln. Physisch Distanz zu halten, aber im Herzen zusammenzustehen.

Und: entschlossen das umzusetzen, was als richtig erkannt wurde!

Das gilt, nebenbei gesagt, nicht nur für diese Krise. Auch beim Klimaschutz, auch beim Artenschutz ist konsequentes Handeln notwendig!

Auch darauf hat Herr Ministerpräsident völlig zu Recht hingewiesen!

Die Krise sei die Stunde der Exekutive, heißt es.

Das stimmt maximal zur Hälfte. Denn die ergriffenen Maßnahmen wirken nur, weil sie von uns Parlamentariern und einem ganz großen Teil der Bevölkerung mitgetragen werden.

Dafür möchte ich ganz herzlich allen Menschen in Baden-Württemberg danken!

Denn nur wenn alle mitmachen, können wir das Virus bewältigen.

Zugleich hat sich in dieser Krise unsere Demokratie als handlungsfähig erwiesen.

Entschlossenes Handeln war möglich, weil sich die Parteien des demokratischen Verfassungsbogens hier im Kern einig sind.

Es gibt zwar in der einen oder anderen Sachfrage unterschiedliche Auffassungen. Die einen betonen stärker die in der Krise eingeschränkten Bürgerrechte, die anderen stellen medizinische Notwendigkeiten in den Vordergrund.

Aus diesen unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen entwickelt sich das demokratische Gespräch über den besten Weg aus der Krise. Ein solcher Diskurs ist nicht nur legitim, ja: er ist wichtig, weil er dazu beiträgt, einzelne Maßnahmen auf den Prüfstand zu stellen.

Es geht hier um freiheitseinschränkende Maßnahmen.
Deswegen wägen wir jeden Schritt genau ab.

Der Streit über den besten Weg ist nur deswegen fruchtbar, weil im Kern alle Parteien des demokratischen Verfassungsbogens zusammenstehen.

Bei allen Unterschieden hinsichtlich der Bewertung einzelner Maßnahmen: lassen Sie uns an dieser grundsätzlichen Einigkeit festhalten, dass die ergriffenen Maßnahmen insgesamt notwendig sind!

So kann Baden-Württemberg diese Krise meistern!

Meine Damen und Herren,

an dieser Stelle muss ich leider auf meinen Vorredner eingehen, der für die AfD gesprochen hat: Eine Partei, die alles andere als einen klaren Kurs in dieser Krise fährt.

Vielleicht müssen wir uns einfach daran gewöhnen, dass diese Partei wirr und widersprüchlich auftritt.

Ihre Fraktion hat im Bundestag gefordert, sämtliche Schutzmaßnahmen aufzuheben. Sie verbreiten abstruse Verschwörungstheorien.

Da wundert es nicht, wenn Abgeordnete ihrer Fraktion bei „raunenden“ Demonstrationen zu sehen sind, die unter Missachtung aller Tatsachen die Notwendigkeit von Hygienemaßnahmen leugnen.

Als es im März um den 5-Milliarden-Euro-Rettungsschirm ging, wollten Sie die Sondersitzung verhindern!

Jetzt wollen Sie, Herr Gögel, die Mehrwertsteuer auf alle Produkte senken und fordern zugleich Haushaltssperren. Das passt nicht zusammen!

Das alles ist keine Meinungsvielfalt, das ist schlichter Populismus!

In der Summe bleibt ein wirres Bild, das ist hochgradig unseriös!

Damit disqualifizieren Sie sich wieder einmal selbst!

Zurück zu Sache!

Meine Damen und Herren,
der Ministerpräsident hat sehr deutlich gemacht, wo wir uns heute befinden.

Die Corona-Krise ist noch lange nicht überstanden.

Ich bin froh, dass Baden-Württemberg gemeinsam mit Bayern und weiteren Ländern, gemeinsam mit der Bundeskanzlerin, auf ein vorsichtiges Vorgehen drängt.

Diese Einigkeit über Parteigrenzen hinweg ist richtig.

Denn das Virus lässt sich von forschen Rufen nach Lockerung nicht beeindrucken.

Mit einem Virus lässt sich nicht verhandeln.

Nein. Das Virus fordert uns alle heraus.

Gesundheitlich, gesellschaftlich und wirtschaftlich.

Unser Gesundheitssystem ist gut aufgestellt.

Inzwischen sind fast zwei Drittel der Infizierten wieder genesen.

Das ist eine gute Nachricht!

Dafür sage ich allen, die im Gesundheitswesen tätig sind, laut und deutlich: Vielen Dank für Ihr Engagement.

Und ich sage für meine Fraktion nicht nur Danke!

Vielmehr rege ich an, dass wir noch einmal grundlegend über den Zusammenhang systemrelevanter Leistungen und Bezahlung nachdenken müssen.

Es kann ja nicht angehen, dass gerade die, die jetzt Menschen pflegen oder Räume desinfizieren, nicht auskömmlich bezahlt werden.

Hier besteht auch nach der Corona-Krise Handlungsbedarf!

Die hohe Zahl der Genesenen ist die gute Nachricht.

Wir müssen aber auch festhalten, dass über 1.300 Todesfälle zu beklagen sind, die auf Covid-19 zurückzuführen sind. Dazu kommen schwere Fälle der Erkrankung mit vermutlich lebenslangen Folgen für die Betroffenen.

Das müssen wir uns immer wieder vor Augen halten. Covid-19 ist eine Krankheit, die in vielen Fällen zum Tod führt, die Folgeschäden hervorruft, und bei der erst nach und nach deutlich wird, dass nicht nur die Lunge, sondern auch andere Organe geschädigt werden.

Verharmlosungen jeder Art verbieten sich also!

Im Klartext bedeutet das, dass wir lernen müssen, in den nächsten Monaten mit dem Virus zu leben.

Weiterhin stecken sich jeden Tag mehrere Hundert Menschen mit dem Corona-Virus an.

Es ist mit den Maßnahmen, die die Landesregierung ergriffen hat, gelungen, den exponentiellen Kurvenverlauf abzuflachen.

Das ist erfreulich!

Aber darauf können wir uns nicht ausruhen.

Die oberste Priorität muss nach wie vor darin liegen, weitere Infektionen zu vermeiden, Verdachtsfälle zu testen und Ausbrüche des Virus nachzuvollziehen.

Deswegen begrüße ich es ausdrücklich, dass der Sozialminister nun eine große Zahl zusätzlicher Tests vorsieht.

Das trägt dazu bei, wichtige Erkenntnisse dazu zu gewinnen, wie sich dieses Virus ausbreitet und dass wir bei Verdacht gleich aktiv werden können

Infektionen zu verhindern und zu testen – das hat Priorität.

Das wird so bleiben, bis es einen Impfstoff oder eine Heilmethode gibt.

Jede fahrlässige Lockerung kann dazu führen, dass die Infektionszahlen wieder nach oben schnellen.

Das gilt es auf jeden Fall zu vermeiden.

Eine zweite Welle darf nicht kommen!

Leitlinie ist dabei der Infektionsschutz, Leitlinie ist das Recht auf Leben und auf körperliche Unversehrtheit.

Diese Rechtsgüter haben einen sehr hohen Stellenwert.

Gleichwohl betrachten wir im Rahmen der Abwägung selbstverständlich auch die anderen hochrangigen Rechtsgüter.

Deshalb gibt es bei uns keine harte Ausgangssperre, sondern lediglich Ansammlungs- und Versammlungsbeschränkungen.

Wir beachten also den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Das ist meiner Fraktion besonders wichtig.

Manche sprechen vom „Lockdown“, manche vom „Shutdown“, aber das stimmt nur teilweise.

Ich bin sehr froh, dass wir in Baden-Württemberg keine Ausgangssperre haben. Vielmehr unterstützen wir ausdrücklich den Weg von Maß und Mitte, den die Landesregierung gewählt hat.

Denn die Firmen arbeiten ja weiter – allen voran die Bauwirtschaft und der Maschinen- und Anlagenbau.

Die Wirtschaft wurde nicht stillgelegt.

Und dort, wo der Geschäftsbetrieb nicht möglich war oder ist, greifen unsere Soforthilfen. Beim Einzelhandel genauso wie bei der Gastronomie.

Lassen Sie uns weiter daran arbeiten, dass es nicht zu einem harten Shutdown kommen muss!

Bei allen Entscheidungen ist für meine Fraktion dabei der Stand der Wissenschaft handlungsleitend.

Hier kommen Tag für Tag neue Erkenntnis hinzu. Das gehört bei der Erforschung eines neuartigen Virus dazu. Das ist vollkommen normal.

Deswegen ist es richtig, die ergriffenen Maßnahmen immer wieder neu zu überprüfen.

Der Schutz vor weiteren Ansteckungen bleibt dabei zentral.

Bei der Impfstoffforschung geht Baden-Württemberg voran – und auch bei der wichtigen Frage, wie infektiös das Corona-Virus bei Kindern ist.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass die Landesregierung das Uniklinikum Heidelberg beauftragt hat, im Verbund mit weiteren Kliniken dieser Frage nachzugehen.

Wir dürfen nicht den Fehler machen, hier politisch wünschenswertes als Ergebnis vorwegzunehmen.

Lassen Sie uns abwarten, was die Heidelberger Studie erbringt!

Dann, wenn die Ergebnisse vorliegen, müssen wir entscheiden, wie es mit Kindertagesstätten und Spielplätze weitergeht.

Alles andere wäre voreilig!

Meine Damen und Herren,

das Virus fordert uns nicht nur gesundheitlich heraus, es stellt uns alle **in unserem Alltagsleben vor große Herausforderungen.**

Die Maßnahmen, die wir ergriffen haben, sind wichtig.

Aber sie haben Konsequenzen.

Home-Office, Kontaktvermeidung – das sagt sich einfach. Dabei ist die Möglichkeit, zuhause Arbeiten zu können, schon ein Privileg.

Die Arbeitgeber, die es ihren Beschäftigten ermöglichen, und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Home-Office arbeiten, leisten einen wichtigen Beitrag!

Aber das geht nicht in allen Berufen.

Wer als Verkäuferin oder Verkäufer tätig ist, Menschen pflegt oder auf der Baustelle arbeitet, kann nicht ins Home-Office gehen.

All diesen Menschen, die unser Land ganz konkret am Laufen halten, gilt unser großer Respekt!

Mir ist sehr wohl bewusst, was das Virus für die Familien in Baden-Württemberg bedeutet:

- Kinder, die über Monate nicht mit anderen Kindern spielen können.
- Kinder, die nicht in die Schulen können und ihre Klassenkameraden sehen können. Und als Familienvater weiß ich, wie schwer das für Kinder ist.
- Großeltern nur noch per Videokonferenz zu begegnen.
- Familienfeste und das gesellige Zusammenleben im Verein fallen genauso flach wie der Besuch von Konzerten oder Ausstellungen.
- Und in vielen Fällen Kurzarbeit und Einkommensausfälle, und Unsicherheit darüber, wie es weitergeht.

Das sind große Einschränkungen!

Kinderbetreuung und Schule zuhause, Home-Office und Hausarbeit – all das auf eine Reihe zu kriegen, bringt Familien an ihre Grenzen. Das gilt erst recht für Alleinerziehende, denen ich an dieser Stelle nur sagen kann:

Ja, wir nehmen wahr, was hier überall im Land geleistet wird!

Deswegen verstehe ich es, wenn jetzt der Ruf kommt, Kindertagesstätten zu öffnen und die Schulen nicht nur für die Prüfungsjahrgänge, sondern für alle wieder auf zu machen.

Wir arbeiten deswegen intensiv daran, hier eine Lösung zu finden. Momentan bitte ich Sie aber noch um Geduld!

Umso wichtiger ist das **Angebot der Notbetreuung**, das wir ja zwischenzeitlich ausgeweitet haben

- auf die Kinder derjenigen, die präsenzpflichtig tätig sind,
- und auf die Kinder bis zur siebten Klasse.

Und umso wichtiger ist es, den **Schulunterricht auf Distanz** gut zu organisieren.

Ich höre von vielen Schulen, die hier inzwischen sehr gute Lösungen gefunden haben.

- Dazu gehören individuelle Aufgaben und Arbeitspläne.
- Dazu gehören digitale Plattformen und Apps als Lernsysteme.
- Dazu gehört ein aktives Kümern der Lehrerinnen und Lehrer um ihre Klassen.

Hier darf uns kein Kind verloren gehen. Das ist für uns wichtig.

**Meine Damen und Herren,
nicht zuletzt ist das Virus eine Herausforderung für unsere
Wirtschaft.**

Und zwar in zweifacher Hinsicht.

Zum einen merken wir jetzt, wie eng gestrickt **das Netz der globalen Produktions- und Lieferketten** ist. Einiges davon ist jetzt unterbrochen. Das betrifft die Absatzmärkte für unsere Produkte ebenso wie den Bezug von Medizinprodukten und Medikamenten.

Die global vernetzte Weltwirtschaft hat dazu beigetragen, den Wohlstand zu steigern. Das gilt noch einmal in besonderem Maße für den europäischen Binnenmarkt.

Aber wir merken jetzt, dass auch hier das richtige Maß notwendig ist zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Deswegen ist es für mich eine Lehre aus der Corona-Krise, dass kritische Basisprodukte – etwa im Bereich der Medizin – in Zukunft verstärkt wieder in Europa hergestellt werden müssen.

Gleichzeitig macht es Mut, zu sehen, dass die eng verflochtene Weltwirtschaft nicht nur Teil des Problems, sondern ebenso Teil der Lösung ist. Die ganze Welt forscht an Impfstoffen. Dieser soll dann überall auf der Erde zur Verfügung stehen.

**Und ganz konkret hilft die „Porsche-Luftbrücke“ jetzt,
Schutzkleidung und Masken aus China nach Baden-Württemberg
zu bringen!**

Zum anderen gibt es viele Branchen, die wir jetzt ganz konkret unterstützen müssen, da sie unter den Schutzmaßnahmen leiden, die wir ergreifen mussten.

- Das fängt bei der selbstständigen Künstlerin und den Schaustellern an, die jetzt nicht auftreten können, oder bei dem Messebauer, der keine Aufträge bekommt.
- Der Einzelhandel musste eine Zeit lang schließen und ist jetzt aufgefordert, wichtige Hygienemaßnahmen umzusetzen.
- Gastronomie, Hotellerie, Sport und Freizeiteinrichtungen sind besonders betroffen.
- Busunternehmen und öffentlicher Nahverkehr,
- das Kultur- und Veranstaltungswesen.

Hier war es wichtig, sehr schnell Geld in die Hand zu nehmen und – letztlich dann gemeinsam mit der Bundesregierung – einen Schutzschirm aufzuspannen.

Dafür haben wir gemeinsam am 19. März die Kreditermächtigung erteilt.

Das war richtig und bleibt wichtig!

Die Landesregierung hat mit all den Instrumenten von der Existenzsicherung für Künstler über Zuschüsse für kleinere Unternehmen bis hin zu Stundungen und Bürgschaften für größere Unternehmen einen Anker ausgeworfen, damit die baden-württembergische Wirtschaft nicht ins Schlingern gerät.

Denn die starke baden-württembergische Wirtschaft ist und bleibt der Eckpfeiler, auf dem die Stärke unseres Bundeslandes ruht.

Solange harte Maßnahmen zum Schutz vor Infektionen notwendig sind, bleibt es unsere Pflicht, diesen Schutzschirm aufgespannt zu lassen.

Ich sage ganz klar: Wir lassen niemanden im Stich.

Bei Bedarf können und werden wir die Schutz- und Rettungsschirme erweitern.

**Meine Damen und Herren,
in der Krise sind wir handlungsfähig.**

Das Parlament wird regelmäßig informiert. Wichtige Entscheidungen etwa über den Haushalt fallen hier.

Auch das trägt dazu bei, dass die Akzeptanz für die notwendigen Maßnahmen vorhanden ist.

Es geht jetzt darum, im demokratischen Streit den besten Weg herauszuarbeiten.

Dazu gehört, dass alle Seiten lernbereit sind.

Die Rechtsverordnung, die auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes erlassen wurde, wurde mehrfach überarbeitet und angepasst:

- aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse,
- in der Abstimmung der Haltung der Länder,
- und, weil aus den Fraktionen des demokratischen Verfassungsbogens auf Änderungsbedarf und Unstimmigkeiten hingewiesen wurde.

Die Krise meistern wir, wenn wir zusammenhalten und uns als lernfähig erweisen.

Das muss auf allen Seiten die Tonlage sein: konstruktiv und offen.

Wir alle sehnen uns nach dem Tag, an dem die heute notwendigen Einschränkungen aufgehoben werden können.

Doch da sind wir aktuell noch nicht.

Bis es soweit ist, werden wir lernen müssen, weitere Infektionen zu vermeiden und **mit dem Virus zu leben.**

Dabei müssen wir die Situation täglich beobachten und die Maßnahmen überprüfen. So hat inzwischen die Task Force „Langzeitpflege“ eine Lösung für stationären Wohn- und Pflegeheimen gefunden, damit nahestehende Personen ihre pflegebedürftigen Angehörigen besuchen können. Wir begrüßen diese Regelung.

In einigen Bereichen klappt es schon gut, um mit den Einschränkungen umzugehen.

Insbesondere da, wo es möglich ist, kontaktlos zu arbeiten und digital zu kommunizieren.

Beim Einkauf und im Nahverkehr gelten neue Hygieneregeln.

Dazu gehört die Maskenpflicht, die ich ausdrücklich begrüße.

Die Alltagsmaske hilft, Infektionen zu vermeiden, wo Begegnungen unvermeidlich sind.

Deswegen ist die Maskenpflicht ein wichtiger Beitrag dazu, die Fallzahlen niedrig zu halten.

Anderswo sind wir alle gefragt, an neuen Lösungen mitzuarbeiten.

Das betrifft etwa die Frage der Digitalisierung. Es muss jetzt zügig ein Weg gefunden werden, die öffentliche Verwaltung, die Schulen und die Hochschulen auf eine digitale Basis zu stellen – auch da, wo das bisher nicht der Fall ist.

Die Krise kann hier geradezu als Modernisierungsturbo wirken.

Bereits kurz nach der Schulschließung wurden die Kapazitäten für die digitale Lernumgebung Moodle ausgeweitet. Aus dem Bund gibt es jetzt Zuschüsse für die digitale Ausstattung der ärmsten Familien. Das sind alles wichtige Schritte. Aber das reicht nicht!

Wir müssen damit rechnen, dass zumindest ein Teil der Schülerinnen und Schüler noch über einen längeren Zeitraum digital „beschult“ werden.

- Deswegen muss jetzt die Umsetzung des Digitalpakts beschleunigt werden.
- Die Schulen, die sich noch nicht auf den Weg gemacht haben, Lernen auf Distanz umzusetzen, brauchen jetzt eine klare Ansage.

Nachdem das Augenmerk der Kultusministerin lange darauf lag, die Prüfungen zu ermöglichen, muss es jetzt darum gehen, alle Kinder mitzunehmen, ohne durch eine zu schnelle Öffnung der Schulen unnötige Risiken einzugehen.

Das ist eine große und dringende Aufgabe!**Hier sehe ich dringenden Handlungsbedarf!**

Ebenso ist die **Digitalisierung der Verwaltungen** seit Jahren ein wichtiges Thema, etwa im Rahmen unserer Digitalisierungsstrategie. Jetzt ist der Ernstfall da. Und vieles funktioniert sehr gut. Aber es zeigt sich jetzt auch, wo es noch Verbesserungsbedarf gibt:

- beim digitalen und mobilen Arbeiten in der öffentlichen Verwaltung,
- bei der Infrastruktur,
- bei digitalen Angeboten und Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger.

Hier sind nun dringend weitere Schritte notwendig!

Zudem zeigt sich, dass bisher eine Rechtsgrundlage für digitale Sitzungen der Gemeinderäte und Kreistage fehlt.

Ich bin deswegen sehr froh, dass hierzu nun ein gemeinsamer Gesetzesentwurf meiner Fraktion und der CDU-Fraktion vorliegt, um digitale Sitzungen zu ermöglichen, wenn reale Treffen nicht möglich sind.

Das war überfällig!

Denn unsere Städte und Gemeinden müssen weiterhin arbeitsfähig sein – und dazu gehören selbstverständlich die kommunalen Gremien!

Mein ausdrücklicher Dank, das möchte ich an dieser Stelle einfügen, gilt den Landrätinnen und Landräten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die in der Umsetzung der Corona-Maßnahmen in den letzten Wochen großes geleistet haben!

Ich danke Ihnen!

Mir ist es wichtig, die Wirtschaft im Blick zu behalten.

Deswegen kümmern wir uns um die Unternehmen und Selbstständigen, die aufgrund der notwendigen Maßnahmen derzeit nicht wie gewohnt agieren können.

- Künstler, Kreativwirtschaft und das gesamte Veranstaltungswesen
- Gastronomie und Hotellerie und die gesamte Tourismusbranche
- Busunternehmen und Öffentlicher Nahverkehr
- und viele mehr.

Um ein Beispiel herauszugreifen: Busunternehmen sind das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs, insbesondere des Schülerverkehrs in großen Teilen unseres Landes. Ihr zweites Standbein sind oft touristische Fahrten.

Beides entfällt derzeit bzw. ist auf ein Minimum zurückgeschraubt.

Das kann nicht nachgeholt werden.

Deswegen ist hier jetzt Hilfe notwendig.

Ich bin froh, dass der Verkehrsminister sich dieser Frage angenommen hat – **und ich danke allen, die Tag für Tag dazu beitragen, dass in der Krise der Nahverkehr im Land weiterfährt!**

Ich habe es anfangs gesagt.

**Wenn wir gemeinsam beherzt anpacken,
wenn wir uns dabei von Wissenschaft und Vernunft leiten lassen,
dann bin ich zuversichtlich, dass Baden-Württemberg diese Krise
gut meistern wird!**

Meine Damen und Herren,

es wird eine Zeit nach Corona geben.

Einiges wird dann anders sein, als es vor einem Jahr war.

Ich möchte auf drei Aspekte eingehen.

Erstens lernen wir in der Krise unser Gesundheitswesen neu zu schätzen. Wir erfahren, wie wichtig der Katastrophenschutz ist, und was notwendig ist, damit eine Gesellschaft **resilient**, also widerstandsfähig, bleibt.

Hier verändern sich Prioritäten und Schwerpunktsetzungen.

Dazu gehört die Frage der Re-Regionalisierung der medizinischen Produktion, aber auch die Frage der Anerkennung und Bezahlung des Personals in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

Darüber werden wir nach der Krise reden müssen!

Schon jetzt zeichnet sich **zweitens** ab, dass die Corona-Krise einen tiefen wirtschaftlichen Einschnitt bedeutet.

Das wird auch Auswirkungen auf den **Landeshaushalt** haben.

Unser vorsichtiger Kurs erweist sich hier als richtig.

Dennoch werden wir im Rahmen eines Nachtragshaushalts darüber reden müssen,

- wo Vorhaben verschoben oder verkleinert werden können
- und in welchen Bereichen wir bewusst mehr investieren müssen.

Drittens ist es mir wichtig, heute schon zu überlegen, wie ein Weg aus der **konjunkturellen Krise** aussehen kann.

Ein solches Konjunktur- und Investitionsprogramm ist notwendig, damit unsere Wirtschaft schnell wieder auf die Beine kommt.

Ich halte allerdings wenig davon, hier die Gießkanne hervorzuholen.

Nein, wir sollten gezielt vorgehen!

Ein Konjunktur- und Investitionsprogramm muss dazu genutzt werden,

- besonders betroffene Branchen wie die Kreativwirtschaft, die Gastronomie oder den Tourismus gezielt zu unterstützen;
- das umzusetzen, was wir aus der Krise gelernt haben, etwa mit Blick auf die Bedeutung des Gesundheitswesens und der Sozialwirtschaft;
- Anstöße für Innovation und Digitalisierung, Forschung und Entwicklung zu geben

und letztendlich:

- Arbeitsplätze bei unseren kleinen und mittelständischen Unternehmen zu erhalten und
- den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dadurch Sicherheit zu geben!

Wie kann ein solches Programm konkret aussehen?

Eine Stärke unseres Landes macht die Vielzahl an kleinen und mittleren Unternehmen aus.

Diese Unternehmen müssen wir nach der Krise ganz besonders unterstützen.

- Deswegen schlage ich vor, ein Forschungs- und Entwicklungsförderprogramm speziell für kleine und mittlere Unternehmen vorzubereiten.
- Dazu gehören Anreize für die Kooperation zwischen dem Mittelstand und Forschungseinrichtungen, um so den Wissenstransfer auszubauen.
- Dazu gehören Wagniskapital-Instrumente für kleine und mittlere Unternehmen – denn gerade dort ist die Technologieintensität oft hoch, und Kredite sind dann kein geeignetes Finanzierungsinstrument für Innovationen!
- Dazu gehört es, im Rahmen einer umfassenden Weiterbildungsstrategie die Beschäftigten auf die Herausforderungen der Digitalisierung, der künstlichen Intelligenz und einer nachhaltigeren Wirtschaft vorzubereiten.

Zudem sollten wir schon jetzt darüber nachdenken, wie Ausbildungsplätze bei den kleinen und mittleren Unternehmen – etwa überbetrieblich – gesichert werden können.

Meine Damen und Herren,

eine solche gezielte Vorgehensweise hilft gezielt.

So kommt Baden-Württemberg nach der Krise wieder auf die Beine!

Lassen Sie uns eines nicht vergessen!

Die Corona-Krise überdeckt unser politisches Handeln. Aber wir haben es mit einer **Gleichzeitigkeit der Krisen** zu tun.

Mit dem Virus lässt sich nicht verhandeln.

Allerdings: Weder das Artensterben noch die Klimakrise machen momentan eine Pause, nur, weil wir gerade anderweitig beschäftigt sind.

Kurzzeitige Rückgänge der Treibhausgas-Emissionen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen:

- Wir erleben erneut ein Dürrejahr mit großen Sorgen für unsere Land- und Forstwirtschaft.
- Die Verschiebungen der Jahreszeiten werden immer deutlicher spürbar.

Und aus der Wirtschaft kommt das deutliche Signal: die Corona-Krise darf jetzt nicht dazu genutzt werden, die Klimakrise links liegen zu lassen. Diesem Appell aus der deutschen Wirtschaft kann ich mich nur anschließen

Die Klimakrise ist akut und erfordert unser Handeln. Daran werden wir wieder und wieder erinnern!

Zugleich zeigen wir in der Corona-Krise, dass wir als Staat, als Bürgergesellschaft schnell handlungsfähig sein können, wenn es darauf ankommt.

Das ist etwas, was wir aus dieser Krise lernen können.

Ein kluges Konjunktur- und Investitionsprogramm ist deswegen ein Programm, das die ökologische Transformation der Wirtschaft und der Gesellschaft ermöglicht und beschleunigt.

Baden-Württemberg ist ein starkes Land.

Die Demokratie hat sich als handlungsfähig erwiesen.

Die Landesregierung stellt den Infektionsschutz in den Mittelpunkt und bleibt auf der Seite der Wissenschaft.

Sie hat die Folgen der notwendigen Maßnahmen für Kinder und Familien, für die Wirtschaft, für uns alle im Blick und prüft regelmäßig, was notwendig ist – ohne vorschnellen Lockerungsrufen nachzugeben.

Deswegen bin ich zuversichtlich:

Besonnen, entschlossen und mit Herz wird es uns gelingen, diese Krise zu meistern!